Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50 durch die Post M. 2.75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8—3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt für Filialen, s. nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Mitteilungen oder nach Feststellen 30 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Ausführliche Ankündigungsbedingungen gegen Bezahlung durch Briefmarken oder Vorausbezahlung.
Für Aufgabe einsendter Schriftstücke keine Verantwortlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Hermannstraße Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
6 Wilsdruffer Strasse 6
(neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Wilh. Böhme
Tuchhandlung
Scheffelstrasse 6.
Grösstes Lager
in
Winter-Paletot-, Havelock- und Reisemäntel-Stoffen.
Beste Qualitäten zu billigsten Preisen.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul,
Dresden,
Wallstr. 25.

Lederwaaren-Specialität!
Portemonnaies, Cigarrenetuis, Damentaschen, Albums etc.
Grösste Auswahl in allen Preislagen!
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3,
nächst dem Altmarkt.

Haupt-Depôt Dresden Hôtel St. Berlin.

Der Krondorfer wird nur in Parfümerien abgegeben.

Morgenkleider, vom einfachsten bis zum hochfeinsten Genre.
Weihnachtsbestellungen erbitte rechtzeitig.
Flanell-Waarenhaus W. Metzler, 9 Altmarkt 9.

Nr. 322. Spiegel: Arbeiten des Reichstages. Militärforderungen. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Aus dem Reichsrat. Bogenschützengesellschaft. Fleischbeschau. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Harmonie Concert. Lotterieliste. | **Mittwoch, 18. November.**

Politisches.

Nach langer Pause hat der Reichstag seine Sitzungen wieder aufgenommen, um zunächst über solche Dinge zu berathen, die ein nicht besonders hohes Interesse beanspruchen dürften, dann aber mit verdoppeltem Eifer sich in die Besprechung tiefeinschneidender Themen zu stürzen. Auch die Zeit, während deren die Boten des Reiches den Räumen in der Leipzigerstraße fern blieben, die sie nun bald mit den Prachtsälen des herrlichen, neuen Gebäudes am Königsplatze vertauschen werden, war reich an aufregendem Stoff. Hatten doch vor allen Dingen die Mannen um Richter, nachdem die Zollsuspension in's Wasser gefallen, einen anstrengenden Sommerfeldzug gegen die nationalen Schutzzölle unternommen und damit das Bett für den wilden Strom der Spekulation gegraben, der verheerend und vernichtend über so zahllose Existenzen dahingebraust ist. Das Dunkel, welches seitens der Regierung absichtlich über die Abmachungen der Handelsverträge gebreitet wurde, hat das Seinige dazu beigetragen, die Zahl der Opfer zu vermehren. In jenem Strome schwamm voran der freisinnige Hecht, ihm folgte, wie es guten Kindern ziemt, die Sozialdemokratie. Eine enorme Volksverhetzung drang während des ganzen Sommers aus den Spalten der freisinnigen Pfennigpresse in's Volk, immer wieder mußten kleine Notizen und große Artikel dem Leser beweisen, daß er eigentlich viel größeren Hunger habe, als er glaube. Erst nach langen vergeblichen Mühen, als der Freisinn einsah, daß er keinen reichen Profit aus seiner wüsten Agitation ziehe, sondern höchstens, wie in Sachsen, dem Sozialismus vorarbeite, hörte er mit seiner Heulmeierei auf, deckte möglichst sorgfältig einen Schleier über die Aktion der Börsenonkels vom Schlage der Ritter und Blumenfeld, pries den nationalen Werth der Termingeschäfte und toastete auf Virchow und Forkenbeck. Durch die Langweiligkeit ihrer ellenlangen Berichte über diese „Götterfeste" suchte die freisinnige Presse ihre Leser wieder einzuhullen, bis dann endlich die Skandalgeschichten von der Börse ihr Wässerlein abermals trübten. Welche Taktik befolgen? Guter Rath war nicht schwer: Man trieb plötzlich in den Demokratenblättern von Moral, schüttelte sich die Wolff und Sommerfeld von den Rockschößen, streute aber langsam allerlei beschwichtigende Notizen in die Sittenpredigten, und jetzt ertönt wieder das altgewohnte Schnattern der Capitolinischen Gänse. Und da kam ein Mann mit Namen Miquel, der tröstete die Betrübten und schrieb hinaus in alle Welt, daß hinfüro die landesväterliche Regierung nichts thun werde, um die „Leichtgläubigkeit und Spekulationswuth" zu schützen. Ganz richtig: Die Natur läßt es sich auch zu, daß die Lämmer von den Wölfen gerissen werden, und es ist daher eine kolossale Anmaßung, wenn der Hirte es verhindern will. Jedenfalls und hoffentlich wird der Streit über die Berechtigung der hier skizzirten Anschauung von konservativer Seite aufgenommen, und schon jetzt kann betont werden, daß durch ein muthiges Vorgehen diese Partei, auch wenn sie dabei nicht alle maßgebenden Persönlichkeiten mit Glacéhandschuhen anfaßt, sich rechtverdient machen wird um das Vaterland.

Zunächst ist dem Reichstage der Etat zugegangen, und es ist anzunehmen, daß die Reichsboten Zeit und Gelegenheit finden werden, ihn bis zum nächsten Montag in Muße zu studiren. Alsdann werden voraussichtlich die großen Etatsreden von Stapel gelassen, in denen die Finanzkünstler der einzelnen Parteien sich in ihrer ganzen Verve zu zeigen gewohnt sind. Schon jetzt schwirren die Geldsummen durch die Blätter, welche nöthig sind, damit im Gleichnisse des Reiches das Blut auch weiterhin hübsch gleichmäßig circulire und daß am Zahlungstage sowohl der erste Minister wie der letzte Waldhüter sein Gehalt einziehen kann. Bisher schaut das Bild auch ganz rosig aus. Nach dem neuen Etat steht einer Erhöhung der einzelstaatlichen Matrikularbeiträge um rund 5 Mill. ein Geldzufluß von ca. 20 Millionen gegenüber. Prüft man aber diese Angabe, so entdeckt man, daß dieselbe sich daher leitet, daß die Erträge der Zölle und Tabaksteuer um 25 Mill. höher veranschlagt sind, als im Vorjahr! Man steht da vor einem Räthsel. Bekanntlich sollen, falls die Handelsverträge acceptirt werden, die Zölle eine bedeutende Herabsetzung erfahren, die Einnahmen aus dieser Quelle müssen sich also vom 1. Februar an stark vermindern. Die Regierung giebt sich doch sonst den Anschein, als ob sie an die Annahme der Verträge wie an das Evangelium glaube! Hat sie nun hiermit gerechnet und glaubt sie trotzdem, daß die Zolleinnahmen sich so kolossal steigern werden? Das ist wohl kaum möglich. Also dürfte sie den Etat ohne Rücksicht auf die künftigen Abmachungen aufgestellt haben und in wenigen Monaten gezwungen sein, zum Ersatz der Zollausfälle viele Millionen neu zu verlangen, also den ganzen jetzigen Etat umzustoßen. Bekanntlich schmeckt die Pflaume süß; knackt man aber den Kern auf, so findet man einen bitteren Geschmack. Da nun aber im laufenden Etat schon eine Anleihe von rund 132 Millionen bei den außerordentlichen Ausgaben vorgesehen ist, so geht die Regierung wohl hierbei von der Ansicht aus, daß getheilter Schmerz halber Schmerz sei. Man wird hierbei an ein hübsches Märchen erinnert. Ein Riese und ein Zwerg wetten, wer aus einem Pferdeschwanz zuerst sämmtliche Haare ausziehen wird. Der Riese packt ganze Fäuste voll, wird aber mit aller Mühe nicht fertig. Der Zwerg aber zupft die Haare fein säuberlich einzeln heraus und streicht triumphirend den Wettgewinn, irgend eine morgenländische Königstochter und verschiedene Schlösser, ein.

Mit besonderem Interesse pflegt bei der Veröffentlichung von Etats in unserer schweren Zeit stets der Militäretat aufgenommen zu werden. Auch dieses Mal rechtfertigt sich das Interesse durchaus durch die pikante Mittheilung, daß derselbe im Ordinarium Mehrforderungen von 14½ Millionen, im außerordentlichen Etat ein Plus von fast 78 Millionen erfordert. Da sich an die letztgenannten Forderungen erhebliche Debatten und Preserörterungen schließen dürften, so seien sie an dieser Stelle genauer angeführt: der Hauptheil unter den einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats fällt auf das Kapitel „Artillerie- und Waffenwesen." Hierfür sind in dem preußischen Etat 61 Millionen, in dem sächsischen 3¼ Millionen, im Ganzen 74½ Millionen Mark verlangt. Nähere Erläuterungen sind bei diesen Positionen nicht gegeben, sodaß also die Begründung der Kommissionsberathung vorbehalten bleiben dürfte. Zu „weiteren Beschaffungen für artilleristische Zwecke" sind u. A. gegen 41 Millionen verlangt als erste Rate eines Gesammtbedarfs von 106 Millionen, für die Beschaffung an Handwaffen wird als erste Rate eine Summe von 21 Millionen gegen 13½ Millionen gefordert. Neu ist außerdem eine Forderung von 8¼ Millionen für tragbare Zeltausrüstungen, die damit begründet wird, daß infolge Anwachsens der Heeresmassen im Kriege auf die Unterkunft derselben in Ortschaften nur noch in Ausnahmefällen zu rechnen sei und daß das Biwakiren auf dem Kriegsschauplatze für die Mehrzahl der Truppen die Regel werden dürfte. Die Sorge für die Gesundheit und Erhaltung der Schlagfertigkeit fordere somit Gewährung anderweiten Schutzes gegen Nässe und Kälte, wie ihn etwa die tragbaren Zeltausrüstungen bieten, die sich nach ausgedehnten Versuchen nach jeder Richtung bewährt haben sollen. Es ist anzunehmen, daß diese Forderung allgemeiner Zustimmung begegnet; denn so lange wir unter dem Stein des Zukunftskrieges leben, solange wollen wir wenigstens dafür sorgen, daß unsere Landeskinder nach Kräften geschützt seien gegen einen feindlichen Himmel. Um so sorgfältiger aber werden solche Forderungen auszuscheiden sein, die nicht in das Gebiet der Nothwendigkeit gehören. Sparen wir vor Allem mit Luxusbauten! Es fällt da gleich ein Posten in's Auge. Derselbe lautet: „Neubau eines Dienstwohnungsgebäudes zur Aufnahme der Dienstwohnungen für den kommandirenden General des Gardecorps und des Gouverneurs von Berlin einschließlich Mobilienausstattung im Ganzen 1,132,000 Mk. An der Südseite der Zimmerstraße in dem vom Garten des Kriegsministeriums abgetrennten fiskalischen Bauplatz soll ein Doppelgebäude zu diesem Zweck errichtet werden." Der Bauplatz ist fiskalisch, kostet also nichts. Müssen denn nun 1½ Millionen zu Wohnungen für die genannten zwei Herren ausgeworfen werden? Sie wohnten beide auch bisher ganz bequem. Gerade solchen Forderungen gegenüber, die keineswegs vereinzelt stehen, empfiehlt sich die dringende Mahnung an unsere Reichsboten: Sparsamkeit! Was nicht dringend nothwendig ist, bleibe für bessere Zeiten übrig!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. November.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Levetzow begrüßte den Reichstag bei dessen Wiederzusammentritt und gedachte sodann in warmen Worten des am 9. Oktober verschiedenen König Karl von Württemberg, eines Bundesfürsten, der treu zu Kaiser und Reich gestanden und die Interessen seines Landes mit denen des Reiches stets in Einklang zu bringen gewußt habe. Das Haus erhob sich während dieser Ansprache von den Plätzen. Dann ward der Gesetzentwurf betr. die Bestrafung des Sklavenhandels in erster Lesung berathen. — Pirn, Nremberg (Centr.) wünschte gegenüber gegentheiligen Berichten eine klare amtliche Erklärung, daß im Togogebiet Sklavenhandel nicht geduldet werde. — Bundesrath Geh. Legationsrath Dr. Kayser erwiderte, daß man von der noch jungen deutschen Kolonialpolitik nicht zu viel verlangen dürfe, daß aber in den deutschen Schutzgebieten die Verhältnisse bezüglich der Sklaverei nirgends ungünstiger lägen, als in den englischen Kolonieen, trotz der Jahrhunderte langen Thätigkeit. Im Togogebiet bestehe nur eine Haussiklaverei, eine Art milden Hörigkeitsverhältnisses, das nur allmählich beseitigt werden könne. — Rintelen (Centr.) hält es für dringend nöthig, daß die Kolonialbehörden nicht nur den Sklavenhandel, sondern auch der Sklaverei entgegenwirken. Die Vorlage geht an eine Vierzehner-Kommission. — Es folgen Petitionen. Die Petitionskommission beantragt Ueberweisung der Petition um Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Gefangene als Material an den Reichskanzler. — v. Bredow (kons.) widerspricht dem; Gefangene seien keine Arbeiter. Durch die Erweiterung würden nur die Genossenschaften schwerer belastet. — Singer (soz.): Gerade Gefangene bedürften des Schutzes der Versicherung, weil sie gezwungen würden, sich der Gefahr auszusetzen. — Schmidt-Elberfeld (frcs.): Durch die Vorenthaltung der Versicherung für die Gefangenen werde die Strafe derselben verschärft. — Hitze (Centr.): Bei Berathung der längst in Aussicht gestellten Novelle für die Unfall- und Krankenversicherung könne die vorliegende Frage nicht erledigt werden. — Jagow (kons.) würde die Versicherung der Gefangenen nur dann für begründet halten, wenn alle Leute gegen jeden Unfall versichert werden müßten. Er wünsche übrigens nicht die Beschäftigung der Gefangenen mit gefährlichen Arbeiten. Der Kommissionsantrag wird angenommen. — Eine Petition auf Revision des Wuchergesetzes beantragt die Kommission gleichfalls dem Reichskanzler als Material zu überweisen. — Böckel (Antis.) verlangt namentlich, daß der Staat für Entschädigung des Bewucherten sorge. Es sei ein Hohn, wenn der Wucherer zwar bestraft, der Bewucherte aber an den Armenanwalt gewiesen werde. Der Wucher blühe heute trotz des Wuchergesetzes wie früher. Nur schleiche er mehr im Dunkeln. Für die Regierung sollte der Satz gelten: Populi summa lex esto vox populi, wenn sie nicht die Verbindung mit dem Volke verlieren wollte. Alle praktischen Leute hielten weitere Schritte gegen den Wucher für nöthig. Besonders auch die Vorsteher von Bankinstituten. Unsere journalistisch gebildeten Juristen seien freilich Gegner der Wuchergesetze und hätten die subtilsten Unterschiede konstruirt. So z. B. solle Wucher nur bei dauernder Nothlage und nicht bei momentaner Verlegenheit vorhanden sein. Wie soll man dem Wucherer das Bewußtsein nachweisen, daß er die Nothlage seines Opfers kannte. An diesem Erforderniß scheiterten die meisten Wucherprozesse. Auch der landesübliche Zinsfuß sei ein unsicherer Begriff und werde nicht selten durch die Gerichte festgestellt, bei der das ganze Treiben oft auch nichts Besseres als Wucher sei. So komme es, daß der Wucher bei Viehverkäufen und bei anderen Geschäften mit den Landwirthen trotz des Wuchergesetzes blühe. Zunächst sollten wir die Landwirthe aus den Händen der Wucherer befreien, indem wir die römisch rechtlichen Grundsätze für unseren Grundbesitz beseitigen. Hoffentlich geschehe das durch das neue bürgerliche Gesetzbuch. Das Treiben der Güterschlächter sei dem Wucher nahe verwandt. Auch dem wahren Wucher, namentlich wie er bei dem Hausirhandel getrieben wird, sollte man, seiner Gefährlichkeit entsprechend, energisch entgegentreten. Die Wechselfähigkeit brauche der kleine Mann und namentlich der kleine Grundbesitzer nicht. Wucherprozesse solle man vor die Schwurgerichte verweisen. — Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Bosse stellt die Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler anheim. Es habe eine Anfrage bei der Regierung über besondere Arten des Wuchers stattgefunden. Ohne genaue Kenntniß dieser Verhältnisse würden gesetzgeberische Schritte nicht helfen. — Rückert (frcs.): Mit solchen Schritten müsse man vorsichtig sein. Wichtiger als neue Gesetze sei die Aufklärung der Bevölkerung. Die Leute würden sich selbst gegen den Wucher besser schützen können als Wuchergesetze dies vermögen. — v. Strombeck (Centr.) beantragte Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler zur Erwägung. — Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) konstatirt, daß besonders die Juden zum Wucher neigten. Sie hätten das gethan vor 6—700 Jahren und thäten es heute noch. Die Regierung werde diese jüdische Eigenthümlichkeit bei einer Novelle zum Wuchergesetz berücksichtigen müssen. Das Sittengesetz der Juden begünstige den Wucherer, wofür Redner Stellen aus dem Talmud anführt. — Rückert (frcs.): Der Talmud sei nicht das Sittengesetz der Juden. Diesen gelte das alte Testament als göttliche Offenbarung. Bei Wucherhäusern, Güterschlächtereien u. dergl. seien Juden wie Christen betheiligt. Bei dem Gesetz handele es sich oft um Verkäufe, die im Auftrage des Besitzers vorgenommen werden, der seinen Besitz möglichst vortheilhaft verkaufen will. Die Petition wird darauf dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. — Donnerstag Novelle zum Krankenversicherungsgesetz.

Berlin. Der Kaiser empfing gestern den Vorstand der Generalsynode und sprach demselben gegenüber seine Freude darüber aus, daß die Synode einen so günstigen Anfang genommen. Der einmüthige Geist, von welchem die Verhandlungen bisher getragen seien, habe nicht blos in evangelischen Kreisen, sondern auch bei den Gegnern und auswärts einen tiefen Eindruck gemacht. Bei den früheren Synoden sei dies nicht in demselben Maße der Fall gewesen. Ohne die kräftige Mithilfe der Generalsynode könnten die Mächte der Finsterniß nicht überwunden werden. — Der stellvertretende Führer der deutschen Schutztruppe in Südwestafrika berichtet über einen Angriff Witbois auf die Hereros am 18. September; derselbe ward abgeschlagen. Witbois hatte 30 Todte. Von den Hereros wurden 14 Mann, 8 Frauen und 2 Kinder getödtet. — Nach der „Kreuzztg." sind bei dem letzten Gaunerstreich in Wien wieder einige Helfer in Paris im Vorbereitungsstadium mit thätig gewesen. — Ein Zehntel des großen Looses der sächsischen Landeslotterie ist zwei hiesigen sehr bedürftigen Arbeiterfamilien zugefallen.

Hannover. Der Kaiser wurde bei seinem Eintreffen von lebhaftem Jubel der Bevölkerung begrüßt. Zum Diner waren u. A. Oberpräsident v. Bennigsen und Landesdirektor v. Hammerstein geladen.

Karlsruhe. Der Landtag ward vom Präsidenten des Staatsministeriums Dr. Turban, mit einer Ansprache eröffnet, in welcher er hervorhob, die finanzielle Lage sei günstig und gestatte die volle Befriedigung der auf fast allen Verwaltungszweigen aufgetretenen Mehrbedürfnisse. Außerdem schlage die Regierung infolge der Einnahme-Ueberschüsse der letzten Jahre eine Ermäßigung der direkten Staatsabgaben vor. Angekündigt ist u. A. eine Vorlage, betr. Aufbesserung der Stellung der Volksschullehrer.

München. Das Kammerdirektorium lehnte ein Gesuch der streikenden Buchdrucker, auf die militärische Hilfeleistung für die Landtagsdruckarbeiten zu verzichten, ab.

München. Der österreichisch-italienische Handelsvertrag ward heute paragraphirt.

Wien. Wegen der Veröffentlichung des Wiener Tageblattes betr. angebliche Aeußerungen des Kaisers dem Abgeordneten Jaworski gegenüber, erfolgten 7 verschiedene Interpellationen, Namens des Polenklubs, der Deutschliberalen, der Jungczechen, des Hohenwartklubs, des Steinwenderklubs, der Christlich-Sozialen und der deutsch-nationalen Antisemiten. Hauck richtete unter Hinweis auf die jüngsten Vorfälle in Deutschland eine Anfrage an die Regierung, ob dieselbe eine Revision der Depots in den Bankhäusern und Wechselstuben vornehmen lassen wolle.

Fiume. Ein gemischter Zug stieß bei St. Cosmo mit einer Lokomotive zusammen. Zwei Bahnbeamten wurden schwer, mehrere Passagiere leicht verletzt.

Bern. Der Bundesrath unterbreitete der Bundesversammlung den Entwurf einer Verfassungsänderung zur Einführung des Zündhölzchenmonopols.

Rom. Im Gefängniß zu Cortanisetta brach eine Empörung aus. Die Sträflinge tödteten den Gefängniß-Direktor und zwei Karabiniers. Militär mußte einschreiten, doch ist die Ordnung noch nicht wieder hergestellt.

Madrid. In der Kirche St. Sebastian in Valenzia explodirte eine Petarde und richtete große Verwüstungen an.

Christiania. Bei den Storthingwahlen siegte die Linke, welcher das gegenwärtige Ministerium Steen angehört. Dieselbe besitzt bereits nach den vorliegenden Wahlergebnissen die absolute Mehrheit.

Petersburg. Aus Charkow wird telegraphirt, daß Briganten in der Nacht zum 14. d. M. die Post, welche auf Station Arnavis den Zug erwarteten, überfallen und ausgeplündert haben. Zwei höhere Postbeamte wurden ermordet, der Postillon und der Kutscher schwer verwundet. Geldbriefe und Werthsendungen im Gesammtbetrage von 20,000 Rubeln fielen in die Hände der Räuber.

Sofia. Die Nachricht französischer Blätter, nach welcher der der Mitschuld an der Ermordung Beltschew's betheiligte Bulgar Tufelichieff an den im Gefängniß erlittenen Torturen gestorben sei, wird offiziös für unbegründet erklärt. T. sei im Spital an der Schwindsucht gestorben, was auch die Sektion bestätigt habe.

New-York. Der in der Provinz Santa Fee durch den Tornado angerichtete Schaden wird auf mehrere Millionen Dollars beziffert. — Eine Anzahl Uruguayischer Offiziere schloß sich den Revolutionären in Rio Grande do Sul an. — Das Zollamt von St. Anna ist von den Aufständischen besetzt.

Die **Berliner Börse** zeigte bessere Anfangsnotirungen auf Grund fester Anfangskurse aus Wien und Deckungen. Bald machte sich aber starkes Angebot angeblich für Petersburger Rechnung in russischen Noten und Anleihen geltend, wodurch die Tendenz allmählich ermattete. Der anfänglich lebhafte Geschäftsverkehr besonders in russischen Werthen, österreichischen Kreditaktien und Eisenbahnen, ging später gleichfalls zurück. Auch auf dem Montanmarkt konnte sich die feste Haltung der letzten Tage nicht erhalten. Die Börse schloß matt. Im Reisewerkehr im Allgemeinen schwächere Tendenz: Banken wenig verändert, Bergwerke theilweise etwas besser. Von Industriepapieren notirten Berliner Gasstahlfabrik gegen letzte Notiz 3½ Proz. niedriger. Deutsche Fonds gleichfalls abgeschwächt, deutsche und österreichische Prioritäten dagegen fest. Privatdiskont 3½ Proz. Nachbörse matt. — **Wetter:** vorwiegend bedeckt, etwas Regen. Südwestwind.

Friedrich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 u. Löbtau.
Spez.-Geschäft f. Lacke, Firnisse u. Farben, Lager v. Fabrikaten.